

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig, M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.

Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.

Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzten Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssangeboten 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 182.

Dresden, Dienstag den 10. August 1909.

20. Jahrg.

Der Kinderschutz.

In der Sozialen Praxis vom 5. August besprach der soziale Kreisamtmann Matthias die Wirkungen des Kinderarbeitsgesetzes in den fünf Jahren seines Bestehens, vom Januar 1904 bis 1. Januar dieses Jahres, und kam zu dem Ergebnis, daß alle die von den Gegnern des Gesetzes vorabgelegten wirtschaftlichen Schädigungen der Eltern und der Arbeitgeber wenigstens in Hessen fast durchgängig nicht eingetreten seien. Ueber einstimmend werde in allen Beziehungen der hessischen Gewerbeaufsichtsbeamten alljährlich bestimmt, daß bedeutsame ungünstige Einwirkungen auf die wirtschaftliche Lage und Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerungsgruppe, um deren Kinder es sich bei der gewöhnlichen Kinderarbeit ja hauptsächlich handelt, ausgeschlossen sind. Die Zahl der gewöhnlich arbeitenden Kinder sei in Hessen aber von 5094 im Jahre 1904 auf 3909 im Jahre 1908, das ist von 5,8 Proz. sämtlicher Volksschulkinder auf 2,1 Proz. gesunken und fast allgemein wurde von den Rechtern als günstige Wirkung des Gesetzes erklärte Frische und Vernunftigkeit der früher übermäßig schwüngigen Kinder, ferner eine Abnahme der Verämmnis-
seit festgestellt.

Die Redaktion der Sozialen Praxis bemerkte zu diesen Ausführungen in einer Nachschrift mit Recht, daß, wenn in Hessen durch das Kinderarbeitsgesetz die gewöhnliche Kinderarbeit wesentlich zurückgedrängt worden sei, dieses Resultat eineswegs als ein typisches Beispiel für die allgemeinen Erfolge des Gesetzes gelten könne, leider blieben viele Gegenden in Deutschland in der Beachtung des Gesetzes weit hinter Hessen zurück. In manchen Berichten der brennischen Gewerbeaufsichtsbeamten werde für Beispiele, in denen notorisch viel Kinderarbeit vorkommt, überhaupt nichts von Kinderarbeitsermäßigung, wohl einfach deshalb, weil auf die Durchführung des Gesetzes noch nicht mit der notwendigen Scharfe geachtet werde. Aus anderen Berichten wieder seien Mitteilungen gelommen, daß noch recht viele Kinder in zum Teil sehr ungünstiger Gewerbeerwerb stehen. Im Bezirke Kassel arbeiten Kinder in Motorwerken, im Bezirk Düsseldorf wurden allein in Solingen 451 geschäftigt, Beschäftigungen ermittelt, 700 Fälle beschäftigten den Sozialamt. Der Bezirk Sachsen beschäftigt etwa 4000 Kinder in der Heimarbeit. In Bayern ist der Vollzug des Gesetzes ebenfalls noch sehr lückenhaft. In München werden meist noch zehn Jahre alte Kinder zum Haushalten in den Wirtschaften zur Nachsicht eingehalten. In der Pfalz arbeiten Kinder in Siegeln und in Konfervenfabriken, Westerwald zählt 3455 gewöhnlich tätige Kinder, Rhenenberg allein 2101. Lebhafte Beispiele lägen aus Sachsen vor. Trotz aller Anstrengungen der Besserung dienen nach einer Schätzung noch gegen 8 000 000 Kinder in Deutschland gewöhnlich tätig sein. Über den andauernden und endgültigen großen Umfang der Kinderarbeit erwähnt man erst, wenn man auch die Kinder mit berücksichtigt.

Es kann also keine Rede davon sein, daß man mit den Erfolgen des fünfjährigen Kinderarbeitsgesetzes auch nur im geringsten zufrieden sein könnte — es ist erst verschwindend wenig erreicht worden. Aber auch der hessische Kreisamtmann Matthias muß konstatieren, daß auch in Hessen das Gesetz umgangen wird. Die Zahl der beschäftigten fremden Kinder sei zwar gesunken, aber die Zahl der eigenen Kinder, die von Eltern für Dritte beschäftigt werden, sei gestiegen, von 2356 im Jahre 1904 auf 2605 im Jahre 1908. Und diese Entwicklung werde auch weiter beginnen durch die Unsicherheit der Bestimmungen über die Beschäftigung eigener Kinder für Dritte. Um eine weitere Verschärfung in der Richtung der eben genannten Fälle zu verhindern, müßten die eigenen Kinder im Gesetz ausdrücklich als fremde Bezeichnet werden, und es sei weiter nötig, daß die Bestimmungen über die Beschäftigung der eigenen Kinder verhindert werden. Das einfachste wäre aber doch, daß zu tun, was die Sozialdemokraten von jeher verlangt haben: die Kinderarbeit jedweder Art überhaupt zu verbieten! Der hessische Kreisamtmann bestätigt ja selbst, daß durch die Bekämpfung der Kinderarbeit eine wirtschaftliche Schädigung der Eltern „und der anderen Arbeitgeber“ fast durchgängig nicht eingetreten sei. Das Interesse der Arbeitgeber kann bei der Frage der Kinderarbeit überhaupt nicht in den fünf Jahren die Hilfe der Gewerbeverbände in Anspruch genommen werden, da durch den Wegfall des Verdienstes der Kinder Hilfsbedürftigkeit eingetreten sei. Aber wenn derartige „Hilfsbedürftigkeit“ läßt sich die Kinderarbeit unter keinen Umständen aufzuhören. In Hessen hat es sich jedoch auch gezeigt, daß, wenn man selbst auf die wirtschaftlichen Schädigungen der Eltern Rücksicht nehmen wollte, diese als ein Argument gegen die Kinderarbeit gar nicht mehr in Frage kommen kann: die Eltern haben sich den kleinen Verdienstausfall auf eine andere Art zu verschaffen gefunden! Und deshalb läßt sich auch ein streites Verbot jedweder Kinderarbeit durchführen. Und dieser Meinung sind auch viele Lehrer in Hessen, die, wie der genannte Kreisamtmann mitteilt, verlangen, daß auch die übermäßige Beschäftigung der Kinder in der Landwirtschaft aufhört und man davon abgehe, den auf dem Lande

Fruchtbaren Boden

hat der Schnapsblock durch seinen Steuerraubzug für die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit und die Werbung neuer Abonnenten bereitet.

Unsere Genossen in Breslau haben der Externat die Tat folgen lassen. Durch eine umfassende Zeitungssagitation wurden an

einem Sonntage 750 neue Abonnenten gewonnen.

Möchten auch die Genossen Sachsen diesem Beispiel folgen.

Ruft die Zeit, wo das Werk des Schnapsblocks uns so vorgearbeitet hat!

Werbt neue Leser!

herrschenden Arbeitermangel durch die Kinderarbeit auszugleichen.

Der Kinderschutz hat überhaupt nur einen Sinn, wenn jedwede Kinderarbeit an sich verboten wird. Und dieser Ansicht schließen sich auch immer weitere Kreise an, nachdem feststeht, daß alle die früher gegen ein volles Verbot gekämpften Parteien gänzlich hinfällig sind.

Mit dem Verbot jedoch Kinderarbeit allein ist aber auch noch lange nicht alles getan, was auf dem Gebiete des Kinderarbeitsgesetzes zu tun ist. Der Kreisamtmann Matthias weist darauf hin, daß die Kinder, die in der Freizeit vor dem Schulunterricht Brüderlein ausstragen, in der Regel vom Vater ein Frühstück, Kaffee und Brot erhalten, während sie nun jüngst an Schule gehen müssen, wenn nicht auf andere Art für sie gesorgt ist. Die Aufgabe des Kinderschutzes soll sein, dafür zu sorgen, daß die Kinder, die neue, werdende Generation, zu körperlich und geistig gesunden Menschen heranwachsen, das alles von ihnen ferngehalten wird, was ihre körperliche oder geistige Entwicklung hemmt, ihnen aber auch alles geboten wird, was zu ihrer gesunden Entwicklung nötig ist. Das Pferd wird nicht eher zur Arbeit eingespannt, bis es ausgewachsen und kräftig entwickelt ist, bis dahin wird es gut gehörnt und gepflegt und genießt die größte Freiheit. Hunderttausende und Millionen von Menschenkindern aber werden bereits im jüngsten Alter durch oft harte Arbeit und noch mehr durch mangelnde Nahrung und Pflege in der Gesundheit aufs schwerste geschädigt und in der körperlichen und geistigen Entwicklung gehindert, so daß ein frisches, verkrüppeltes Geschlecht heranwächst. Mit der Gesundheitspflege in der Schule, den Schulärzten, ist ja nun bereits ein hoher Anfang damit gemacht, daß auch der körperlichen Entwicklung der Kinder Bedacht geschenkt wird. Aber erlangt ist nur ein Anfang da, und dann hat der Sanitätsrat (Dr. Cuny) (Wiesbaden) rechts, der auf der 2. Jahresversammlung der Vereinigung der Schularztschaft Deutschlands (2. Juni 1909 in Dessau) u. a. sagte: „Ich habe unlängst das Scherzwort gehört: „Was nützt den Kindern das schönste Gebiß, wenn sie nichts zu beißen haben?“ Darin liegt außerordentlich viel Wahres — das kann für unsere sonstige schulärztliche Tätigkeit in gewissem Sinne Geltung hat. Was nützt alle ärztliche Behandlung, operatives Eingreifen, funktionsärztliche Aufbesserung einzelner Organe — wenn der Gesamtorganismus darüber liegt, wenn die Kinderunterernährung sind und an den Folgen sozialer Missstände, besonders unzureichender Wohnungen, leiden?“ Wir dürfen uns nicht berkehlen“, sagte dieser erfahrene Schularzt weiter, „daß der durchschnittliche Kräfte- und Ernährungszustand unserer Volksschulkinder weit unter dem Normalzustand zurückbleibt, daß das Idealbild eines strammen, robusten, lebenslustigen Kindes, dem seine körperlichen Kräfte auch geistige Frische und Energie verleihen, in den Volksschulen der Städte kaum mehr zu finden ist.“

In den Dörfern industriereicher Gegenden ist es auch nicht anders. Und hierbei handelt es sich um die Kinder der Arbeiter ganz allgemein. Hiergegen kann nur die allgemeine Einführung von Schulweisen, Ferienverpflegungen usw. helfen, eine Forderung, die von der Frage des Kinderschutzes heute nicht mehr zu trennen ist.

Aber allem voran muß das völlige Verbot der Kinderarbeit gehen, dessen konsequente Durchführung möglich ist, was die Erfahrungen in Hessen auch jetzt wieder bestätigen.

Die Verabschiedung der württembergischen Volkschulnovelle.

r. Die Entscheidung ist gefallen. Die zweite württembergische Kammer hat am letzten Freitag die Novelle zum Volkschulgesetz mit 82 gegen 25 Stimmen des Zentrums angenommen. Unter den Abgeordneten, die dem Gesetz ihre Zustimmung gaben, befinden sich auch die 15 Vertreter der Sozialdemokratie. Es wird in der Partei nicht an Stimmen fehlen, die dieses Dokument mit gewissen Zweifeln und Bedenken begegnen. Man darf sich darüber nicht wundern. Ein Volkschulgesetz, das auch die immobilierte Bevölkerung des Bauernbundes und der Konkurrenz finbet, obwohl es deren Stimmen zur Wehrbildung gar nicht benötigt hätte, muß das Misstrauen der Sozialdemokratie herausfordern.

Volksschulfeinde von Schoppe der Bauernbündler und Konkurrenz pflegen in der Regel seiner „Reform“ den Volkschule, bei der sie nicht auf ihre Rechnung kommen, zuzukommen. In der Tat enthält auch das neue, noch einmal der Sanction der Stufenkammer bestätigte Volkschulgesetz eine Reihe von Positionen, die bei dem diesmaligen Ansturm von der konkurrenzlosen Schulreform noch einmal gehalten werden können, teilweise nicht zuletzt unter verbindlichkeitserfüllter Unterstützung der liberalen Parteien. Wir beiden haben vor allem an den Religionsunterricht die bessere Stellung im ganzen Unterrichtsgebiet des Volkschule mit Hilfe der Liberalen erhalten, die noch wie vor der Spaltung der Pflichtfächer der sozialen Volkschule prangt. Wir denken an den weitergehenden bis zur peripherischen Selbstregierung des Lehrerzweiges Einfluss, den der Orthodoxe auf dem Gebiete der Schulpflege infolge seiner neuankonierten Eigenschaft als geistliches Mitglied und Geschäftsführer des Orthodoxen entgegenbringt.

Zu diesen behaupteten Positionen hat die Regierung noch etwas gesagt: Sie hat die Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, also bei ihrer und den bürgerlichen Parteien Einfluss nach wichtigen Pflichtfächern der familiären Schule, der Kirche eingeräumt. Das nicht geben wollen wie von den erfolglosen Bemühungen, den Vorberatungen der modernen Bildungspolitik in dem Gesetz ein zweiseitiges Pflichten einzuräumen. Es gelang nicht, das abschreckende alte Schulrecht, die Aufhebung des Schulgeldes aber gar die Einführung des Vermittlungsrechts durchzuführen. Schon in den zweiten Kammer fanden diese Wünsche keine Weisheit, da auch die Liberalen in diesen Kulturstrogen wieder einmal gründlich verfolgt waren für das alte Schulrecht war die Volkspartei zu haben.

Es ist klar, daß unter andern Umständen die Sozialdemokratie einem Schulgesetz dieser Konstitution ihre Zustimmung zugeschlagen hätte. Die Abstimmung unserer württembergischen Kammer ist aber aus den besonderen württembergischen Gegebenheiten heraus zu verstehen. Eine Beurteilung dieses Schrittes trifft nur dann das Richtige, wenn man die Distanz zwischen dem gehobenen und dem neuen Schulrecht würdigt und den Grad der Liberalen nicht unterschätzt, die sich ihrer Verbesserung entgegenstellen. Württemberg hatte bislang so ziemlich die stützendsten Schulverhältnisse im Reich, deren charakteristisches Merkmal in erster Linie die uneingeschränkte geistliche Auflösung war. Die Schulbehörde glänzte Württemberg besonders durch seine schmackhafte Pflichtenüberfüllung. Die Liberalen gegen eine Reform waren im freiherrlichen Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kirche und Schule war in Württemberg besonders eng, sehr kompliziert. Das hat seine Ursache in den starken konfessionellen Bindungen des Bevölkerungsdurchschnitts. Württemberg — so paradox es klingen mag — stärker als irgendwo im Reich. Die Verbindung zwischen Kir

gegen das in diesem Gesetz der Kirche zugesprochene Recht auf Nutzung und Beaufsichtigung des Unterrichts in einem wichtigen Punkt nach der staatlichen Volksschule zusammint. Als Hauptzweck der Reform bleiben also: die fachmännische Bezirksbildung, die Durchdringung und teilweise Beseitigung der geistlichen Geschichtsaufgabe, die Verabsiedlung der Hochschülerzahl von 90 nach dem geltenden Recht und 70 nach dem Entwurf der Regierung auf 60.

Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dieser Reform zeugt von ziemlicher Selbstopflosigkeit. Sie konnte nur der Erwagung entgehen, daß es nicht zu verantworten gewesen wäre, die dringlichsten Verhältnisse dem Volke bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse vorzuhalten. Die Sozialdemokratie hat sicherlich nicht zugestimmt, um noch dem Worte des Ministerpräsidenten v. Weizsäcker den Gedanken auf einem der wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens zu sichern. Der Entwurf trägt deutlich die Spuren eines hartnäckigen Kampfes zwischen den Forderungen des Schulsozialismus und den Herrenkonsensprüchen der Kirche. In den Punkten, wo ein Stillstand zu konstatieren ist, hielten sich die beiden Seiten die Wage. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie, diesen Kampf fortzuführen und durch eine intensive Aufklärungsarbeit unter dem Volke den Schultreckschritt auf der ganzen Linie zum Siege zu verhelfen.

Der Generalstreik in Schweden.

Mit jedem Tage schließen sich immer weitere Kreise der Arbeiterschaft dem Auslande an. Bis auf die Eisenbahner streiken nun fast sämtliche Betriebsarbeiterbranche im ganzen Lande. Der Tropfenverleit ist zwar nicht gänzlich abgeschlagen, aber da die Gasarbeiter allgemein streiken, wird es nur noch wenige Tage dauern, bis die Tropfner in den Häfen liegen bleiben werden, ohne gefördert oder geladen werden zu können. Die Gasarbeiter in Stockholm verharren im Auslande. Ihnen haben sich die Gasarbeiter in Landskrona angeschlossen. Die Wasserwerksarbeiter in Stockholm werden aber, der Aufforderung des Stadtkomitees entsprechend, die Arbeit fortführen, nachdem das Minikör von den Arbeitsplätzen zurückgezogen worden ist.

Der größte Bedeutung dürfte die gestern (Montag) erfolgte Arbeitsunterbrechung der Buchdrucker werden. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker hat seine Mitglieder aufgerufen, am Montag die Arbeit einzustellen, um damit eine größere Pression auszuüben und zu einem schnelleren Ende des ganzen Kampfes beizutragen. Ebenso hat der Vorstand des Landarbeiterverbandes den Beschluss gefasst, die Landarbeiter zur Teilnahme an dem Auslande aufzufordern. Der Tag, an dem der Landarbeiterausland beginnen soll, ist indessen noch nicht bekannt gemacht worden. Dauern wird die Landarbeiterchaft der Parole Folge geben, kann man heute nicht voraussehen, da die Organisation noch sehr jung ist; es ist aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß in dem südlichen Teile des Landes, wo die Organisationsbestrebungen der Landarbeiter bereits mehrere Jahre alt sind, die Arbeitseinstellung einmütig erfolgen wird.

Die bürgerliche Presse verachtet durch ganz ungeheure Blusss die Daseinsfähigkeit irre zu führen. Schon seit dem ersten Tage des Kampfes hat sie fortwährend Berichte gebracht, nach denen die Arbeiter in dieser oder in jener Industrie oder in diesem oder in jenem Orte den Beschluss gefasst haben sollten, sich nicht am Auslande zu beteiligen oder aber die schon erfolgte Vertreibung aufzugeben, die Arbeit also wieder aufzunehmen. In allen diesen Fällen hat sich das genaue Gegenteil als der Wahrheit entsprechend herausgestellt. Eine ähnliche Schwundnachricht wird auch durch das Polizei-Bureau verbreitet, wonach die Arbeiter der größten Textilfabrik in Norrköping beschlossen haben sollten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Nachricht ist um so unzutreffender, als die Textilarbeiter weder in Norrköping noch in irgendinem anderen Orte Schwedens streiken; sie sind vielmehr seit dem 26. Juli ohne jeglichen Grund vom Unternehmertum ausgepeitscht worden. Gerade die Textilarbeiter gehören zu den Branchen, die von der Sympathieausweitung des schwedischen Arbeitgeberverbandes zu allererst betroffen wurden, ohne daß sie irgendwie an dem Gegenstande des Kampfes beteiligt sind.

Alle jolche Nachrichten müssen also mit größter Vorsicht aufgenommen werden.

Die Regierung hat, wie bereits berichtet, eine Proklamation erlassen, in der sie vor weiterer Ausdehnung des Auslandes warnt. Die Proklamation macht bei der Arbeiterschaft keinen Eindruck und niemand denkt daran, seine Verhaltungsmaßregeln von der Seite entgegenzunehmen.

Die Stockholmer Straßenbahngesellschaft hat zwar mit Hilfe ihres Kontorpersonals am Montag sechs Straßenbahnwagen in der inneren Stadt Stockholms in Betrieb gesetzt. Diese sechs Wagen bedeuten eine gefährliche Provokation der Streikenden; bisher ist indes die Auto nirgends gestört worden. Auch am Montag haben sich die Arbeiter nirgends zur Aufnahme der Arbeit gemeldet, die Ausständigen sind im Gegenteil von dem endlichen Siege überzeugt. Die Zahl der Ausständigen wird jetzt auf mehr denn 800 000 geschätzt.

Die Unterstützungsaktion der organisierten Arbeiterschaft des Auslandes wird mit aller Entschiedenheit betrieben. Außer dem Aufzug unseres Generalkommissions hat nun auch die Gewerkschaftskommission Österreichs beschlossen, durch allgemeine Sammlungen den schwedischen Ausland zu unterstützen. Auch die Gewerkschaften Ungarns haben Unterstützungen zugesagt. Der Dänische Schmiede- und Maschinenarbeiterverband hat beschlossen, von jedem Mitglied wöchentlich einen Erziehungsbetrag von 2 Kronen für den schwedischen Ausland zu erheben, was einem Betrage von 20 000 Kronen wöchentlich gleichkommt.

Stockholm, 9. August. Gestern hielten die hiesigen Typographen eine Versammlung ab, die den Streikbezeichnung der Verbandsleitung ja einstimmig billigte. Der Typographenstreik soll so lange dauern, bis die Unternehmer verpöchen haben, keine Entlassungen Streikender vorzunehmen. Es ist ein Vertrag im Umlauf, wonach die Eisenbahner von Mittwoch an streiken werden. Dagegen haben die Telegraphen- und Telephonarbeiter beschlossen, von Mittwoch an die Arbeit niederzulegen. In Stockholm herrscht noch Ruhe, doch sieht man den nächsten Tagen mit Besorgnis entgegen, da es schon an Brot zu fehlen beginnt.

Stockholm, 9. August. Heute hat der Streik der Seher und Buchdrucker in ganz Schweden begonnen. Die großen Zeitungen in Göteborg werden trotzdem erscheinen. In Stockholm wurde der Betrieb der Straßenbahn abends völlig eingeschafft. Unruhen finden nicht statt.

Aus Helsingborg wird dem B. L. berichtet: Helsingborg bietet jetzt einen ungewohnten Anblick. Dem Ankommenden lädt sofort auf, daß den 32 Fabrikationssteinen kein Raum entsteht; sämtliche Fabriken sind geschlossen. Am Landungsplatz stehen viele hundert Streikende, um zu verhindern, daß Zugang von Dänemark kommt. Die Beschriftung ist jedoch gründlos, da es in Skandinavien Streikbrecher nie gibt. Die Organisation der Arbeiter ist hier eine sehr leste bei arischer Disziplin.

Vor neuen Kämpfen.

Aus Madrid wird dem B. L. mitgeteilt:

Im ganzen Lande ist gegenwärtig eine Agitation im Gange, woselbst falls neue ungünstige Nachrichten aus Melilla eingingen, noch in dieser Woche ein neuer Generalstreik in Spanien gesetzt werden soll. Die Erregung der Massen ist noch immer außerordentlich groß; man glaubt indes nicht, daß es zu neuen ernsten Unruhen kommt, falls nicht neue Truppensendungen nach Melilla erfolgen, die zu neuen Einberufungen führen. Im letzteren Falle ist damit zu rechnen, daß man noch schwierige Ausbrüche der Volksfeindschaft erleben wird als bisher. Auf einer Rundreise durch die am meisten in Frage kommenden Gegenden habe ich mich überzeugt, daß die politische Lage für das jetzige Regime eine äußerst ungünstige ist. Die Massen sind ganz von dem Gedanken durchdrungen, daß die Regierung kein Recht habe, sie in einen Krieg zu schleppen, der nur für die Interessen reicher Kapitalistengruppen geführt werde, und sie werden von dem Gefühl beherrscht, daß der jetzige Feldzug einen ebenso unheilsamen Ausgang nehmen werde wie der Krieg in Kubá. Hand in Hand damit geht die wachsende Empörung gegen den mit dem reaktionären Kabinett Morea verbündeten Cleric. Sehr leicht könnte ich beobachten, daß die Darstellung der Regierung, daß die Unruhen lediglich anarchistischer Natur seien, unwahr ist. Die Unruhen sind in allen Städten, auch in den Kreisen, die mit den Anarchisten gar keine Verbindung haben, ungeheuer groß. Die offiziellen Missionen, nach denen jetzt überall wieder Ruhe herrscht, sind mit Misstrauen aufgenommen. Eine neue erste Volksbewegung ist keineswegs ausgeschlossen, und wenn auch nach der allgemeinen begründeten Ansicht die Sache der Karlisten auf keinen Erfolg zu rechnen hat, so sind die Chancen der Republikaner um so gewaltiger gestiegen.

San Sebastian, 9. August. Die Militärbehörde in Barcelona suspendierte fünf Blätter.

Der Kretakonflikt und das Eingreifen der Mächte.

Curz und kürz bemerkte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung an der Spitze ihrer Dienstag-Ausgabe:

Obgleich Deutschland an der kretischen Frage nicht unmittelbar interessiert ist, vielmehr die Zuständigkeit der Schutzmächte für Kreta an Stelle Ottomans bevorsteht. Ein früherer russischer Plan ist für diesen Punkt bereits ausgerechnet, die französische Regierung ist ihre Zustimmung gegeben. Es bleibt somit alles beim alten.

Was Wien betrifft, von dem es dieser Tage hieß, daß Kaiser dort eine Geheimagentur einrichten will, so wird verächtlich, daß diese Agentur längst besteht, von Herrn W. seit Jahrzehnten geleistet wird.

In informierten Kreisen wird verächtlich, daß die russische Regierung W. in schwer bloßzulegen hätte, wenn sie keinen Kontakt mit dem Geheimagenten Sabatov verhindern würde.

Die Meldung, daß der Henker Russlands sich nur wie Verbrecherhund sicher fühlt, verdient Glauben.

Die Verdächtigung Burzows entspringt lediglich den unsauberen Pläne, den Unbekümmerten zu komplimentieren.

Wenn die russische Regierung Belastungsmaterial gegen Burzow zur Verfügung hätte, würde sie auch nicht einen Augenblick zögern, weitgehendsten Gebrauch davon zu machen.

Türkische Rüstungen

Konstantinopel, 9. August. Die Kriegsgefahr ist infolge der türkischen Note, in der Griechenland zu dauerndem Vergleich auf Kreta aufgefordert wird, akut geworden. Die Türkei setzt sieben Rüstungen fort. Weitere sieben Torpedoboote und Transportschiffe mit Truppen und Munition gingen nach Smyrna ab, wo die türkische Flotte den Befehl zur Abfahrt nach Kreta erwartet.

Rome, 9. August. (Meldung der Agence Havas.) Die Nachricht, daß die Schutzmächte die Niederholung der griechischen Flotte verlangten, hat hier große Erregung hervorgerufen. Weitere Verhandlungen der Mächte an die kretische Regierung dürften erste Ursache zur Folge haben, die eine sofortige Verstärkung der vor Kreta ankommenden Kreuzer mögig machen würden.

Konstantinopel, 9. August. Der Chefredakteur des türkischen Blattes Seperi i Saïta, Kios im Bei, wird seit fünf Tagen vermisst. Alter Wahrscheinlichkeit nach ist er aus politischen Gründen ermordet worden. Der Verdacht rückt in

gegen die liberalen Partei.

Der Blutzar unter Verbrecherschutz.

Aus Petersburg erhält das Berliner Tageblatt folgendes Auszüge aus einer Meldung:

Petersburg, 9. August. Den Sicherheitsdienst für Kreten während seiner Belohn in Cherbourg und Cowes zu sein anderer als der inzwischen zum wirklichen Staatsrat befürwortete Harting geleitet, der in wenigen Tagen nach Petersburg zurückkehrt und sich dann entschuldigt wird, ob er seine Pension in Rückland oder Ausland vergeben wird.

Wie es mit den Verhandlungen der französischen Regierung ist, steht daraus hervor, daß aus unantastbarer Quelle möglich wird, daß die Erneuerung eines neuen russischen Geheimagenten für Kreta an Stelle Ottomans bevorsteht. Ein früherer russischer Plan ist für diesen Punkt bereits ausgerechnet, die französische Regierung ist ihre Zustimmung gegeben. Es bleibt somit alles beim alten.

Was Wien betrifft, von dem es dieser Tag hieß, daß Kaiser dort eine Geheimagentur einrichten will, so wird verächtlich, daß diese Agentur längst besteht, von Herrn W. seit Jahrzehnten geleistet wird.

In informierten Kreisen wird verächtlich, daß die russische Regierung W. in schwer bloßzulegen hätte, wenn sie keinen Kontakt mit dem Geheimagenten Sabatov verhindern würde.

Die Meldung, daß der Henker Russlands sich nur wie Verbrecherhund sicher fühlt, verdient Glauben.

Die Verdächtigung Burzows entspringt lediglich den unsauberen Pläne, den Unbekümmerten zu komplimentieren.

Wenn die russische Regierung Belastungsmaterial gegen Burzow zur Verfügung hätte, würde sie auch nicht einen Augenblick zögern, weitgehendsten Gebrauch davon zu machen.

Deutsches Reich.

Seines lieben Gottes Stathalter.

Wilhelm II. hat bei einer Denkmalsenthüllung in Kleve eine Denkmalsenthüllungsrede gehalten. Seine erste größere Stadtsrede seit langer Zeit! Man erinnert sich wohl, daß der Kaiser einige Wochen nach der Novemberkriege eine kleine Ansprache im Berliner Rathaus gehalten hat, deren Konzept er dem sich in verneigenden Reichsbanziger Bülow aus den Händen genommen hatte. In Kleve war sein Reichsbanziger zugegen, und Wilhelm II. sprach wieder so frei, wie er es seit alter Zeit gewohnt ist. Seine Rede bringt keine politischen Überraschungen, sie zeigt aber, daß der Kaiser jenseits geblieben ist, der er war, und nun auch wieder an festlichen Anlässen bei jederzeitlichen Gelegenheiten Gefallen findet.

Der kaiserliche Redner verkleidet sich in die Geschichte seiner Vorfahren und selte besonders den Kurfürsten Johann Sigismund, der im Jahre 1609 nach dem Blodinaig gekrönen legte Herzog von Jülich-Kleve, dessen Erbsohn angegriffen und gegen seine katholischen Widerläufer erfolgreich bekämpft hatte. Da diese Tatsache ließ nun Wilhelm II. in seiner Weise die folgende geschichtliche Erklärung:

Woher er die Kraft dazu schöpft, daß besagt sein Hohenpolo bekennt: „Ich bin in meines lieben Gottes Dienst und Stathalter.“

Der Kurfürst Johann Sigismund war, wie man wissen mag, Calvinist und als solcher der katholischen Einwohner des Landes, die er als Erbsohn übernahm, weil er eine Tochter des letzten Herzogs zur Frau hatte, gerade nicht ganz angenehm. Das Wort vom „Stathalter Gottes“ klang ihnen sehr unverständlich in die Ohren, denn sie waren gewöhnt, den Papst und nicht den Landesherrn als „Stathalter Gottes“ zu betrachten. Dienen geschichtlichen Zusammenhang scheint Wilhelm II. übersehen zu haben, denn es war ganz gewiß nicht seine Absicht, ein Kriegswort gegen die Katholiken zu schwingen. Auch das dürfte dem Kaiser entgangen sein, daß seine Vorfahren ihre Zeitung in Kleve-Jülich viel weniger ihrer frommen Zuversicht als der Unterhaupt Frankreichs verstanden.

Der kaiserliche Redner gab zum Schlusse seiner Jubiläumsansprache, daß „die treuen Söhne des Niederrheins Seite an Seite mit den übrigen Landeskinder fest zusammenstehen werden, wenn es gilt, Vaterland, Thron und Altar zu schützen.“

Man sieht daraus, daß der Kaiser in seiner Sorge um Thron und Altar nicht erlahmt; so ähnlich hat man es früher auch schon gehört.

Ein Volksgericht.

Der Abg. Hilpert, seines Zeichens privatierter Meistersmeister — die Münchner Post nennt ihn Ochsenwürger a. D. — erschien am Sonntag in Neustadt a. d. Alz vor seinen Wahlkreis-Meinbürger und kleinen Bauern, Bericht über seine Tätigkeiten im Reichstage.

Es kam zu hämischen Szenen, als Hilpert die neuen indirekten Steuern als im Interesse des Vaterlandes gelegten zu verteidigen suchte. Die aus höchster Erregung Bauern und Bürger liegen ihren Abgeordneten schließlich überhaupt nicht mehr reden und verlangten ununterbrochen: Riederelegung des Mandates.

Ein größter Erregung löste sich die Versammlung auf, als der Volksvertreter dann unter den Ohren der Gendarmerie des Saal verließ, wurde er auf dem Wege zum Bahnhofe von der gesamten Bürgerschaft angegriffen, verwünscht, verhöhnt und ausgepfiffen.

Die griechische Antwort.

Athen, 9. August. Die Antwort Griechenlands auf die türkische Note ist dem türkischen Gesandten heute nachmittag übermittelt worden. In der Note wird gegen die türkische Beschwerde protestiert. Griechenland will alles für eine Versöhnung tun. Da Griechen sich in den Händen der Schutzmächte befindet, könne Griechenland nur diesen die Lösung der Frage überlassen. Griechenland sei in die unerwünschte Bemühung nicht verwickelt. Es habe kein Interesse, lokale und lokale Mächte anzugeben, werden sich beugen müssen. Widerstand werden natürlich die Kreiser leisten — aber dieser Schritt wird sich Europa gegenüber verhindern.

Kommendange.

Der Polizei-Abgeordnete bringt folgende zwei Meldungen:

Hamburg, 9. August. Hier wurden vier russische Konsuln verhaftet. Man fand bei ihnen eine Anzahl von Dynamitpatronen. Die Namen der Verhafteten konnten bisher noch nicht festgestellt werden.

Hamburg, 9. August. Der gemeldete Dynamitsünd auf der Kornhausbrücke hat nur eine harmlose Aufklärung gefunden. Wegen des Generalstreiks in Schlesien waren einige schwedische Bergarbeiter nach Hamburg gekommen, die auch gesuchte Dynamit mitbrachten und es in Hamburg einem Deutschen übergeben. Dieser, der das Dynamitgesetz kannte, überreichte das Paket der Polizei und gab, um sich keine Bedrohungen zu bereiten, an, er habe es auf der Kornhausbrücke gefunden. Ein anarchistisches Komplott kommt also nicht in Frage.

Die Geschichte klingt recht merkwürdig und mysteriös. Man soll den Fund, als wollte die erste Meldung zeigen, in wievielen Gefahren vor denen ihn nur deutsche Polizeiinigkeit bewahrte, den Lenker gezeichnet habe, während die zweite offenbar zustimmt. Spießbürgers das Gruseln vor dem tapferen Kampf der schwedischen Arbeiter zu leisten.

Berichtigung der 4. Wagenklasse. Die württembergische Abgeordnetenlamer beschloß am Montag mit 58 gegen 18 Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Beck (Bolton), sich mit der in Zukunft genommenen Erhöhung des Tarifs der 4. Wagenklasse auf 2,3 Pf. für den Kilometer einverstanden zu erklären.

Zur Schluß der Reichslande. Die Erörterungen im Bundestag über die Erhebung Elba-Dortmings zu einem selbständigen Bundesstaat stehen vor ihrem Abschluß. Inzwischen noch wird eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Reichslande vorausgesetzt werden. Beide des Bundesstaats liegen noch nicht vor. Zweifellos aber ist es, ob ein von Berlin unabhängiger Bundesstaat, wie es die sozial-Lothringen wünschen, zurzeit nicht zu bestehen ist.

S. 175. Ein Hauptmann von der 12. Division wurde, nach einer meldung aus Düsseldorf, unter der Beschuldigung des Vergehen gegen § 175 Str.G.-W. verhaftet. Er soll die Verstüppungen mit einem Mann vom Ulanen-Regiment begangen haben.

Ihnen gehen die Augen auf!

Wie exakt die Stimmung unter den christlichen Arbeitern gegen die Konservativen und das Zentrum wegen der Reichsfinanzreform ist, zeigen die nachstehenden Worte, mit denen das Unterhändlerische Volksblatt, ein Organ der evangelischen Arbeiter, die reichsdeutschen Parteien apostrophiert:

"Sie haben den Anspruch verloren auf die Bezeichnung christlich, von protestantisch gar nicht zu reden. Wer ist ein Freund des Christentums ist, der hat die heilige Füllicht, Zentrum und Konservative bis auf Messer zu beflecken. Ein Sozialdemokrat ist als das kleinere Übel anzusehen, deshalb ist auch der Großvater in Wada für die nächste Landtagswahl eine Selbstverständlichkeit."

Oben entsteht wie poetisch bemerkelt, daß christlichsoziale "Mehr" dazu: "Das sollte man nicht festnageln? Gegen solche Auswüchse in unseren Reihen nicht Front machen? Nur erbärmliche Mäßigkeit findet aus Angst vor der Wahrheit in das verschleichende Daunenbett des trüffeligen Schweigens und phillischen Duldens."

Das verzweifelte Aufrufen aus "erbärmlichster Mäßigkeit" wird denen, die ihr unzulässiges Gewerbe, Arbeiter kreuzzüchten, bisher mit Freuden betrieben, herzlich wenig nützen. Aus denen, die jetzt schon auf dem Wege zu besseren Einsichten sind, werden hoffentlich recht bald gute und tapfere Sozialdemokraten!

Steigende Ausgaben für den Militärismus.

Im Kriegsministerium beschäftigt man sich zur Zeit mit der Frage der Aufstellung des Offiziere des Beroulvestandes, die nach den geltenden Bestimmungen noch die alten Söhne bezeichnen. Es besteht die Absicht, die Rekrutierung, wenn sie zum Dienst eingezogen sind, im Gehalt mit den aktiven Offizieren gleich zu stellen. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß man nicht weiß, woher die Mittel genommen werden sollen, um Deckung für diese Ausgaben zu haben.

Vielleicht wäre es, wenn das Kriegsministerium sich mit der Frage beschäftigen würde, wie die Mittel beschafft werden können, um endlich den Soldaten die so dringend notwendige Ausbildung zu geben.

kleine politische Nachrichten. Wie mitgeteilt wird, hat die Sachverständigenkommission, die im Reichsjustizamt zur Vorbereitung der internationale Regelung des Privatrechts zusammengetreten war, ihre Arbeiten beendet. Als wesentliche Punkte kamen Schiffspfosten und die Reederhaftung in Betracht. Die Einladungen zur Konferenz sind bereits von der belgischen Regierung angenommen und von den meisten Staaten, darunter auch Deutschland und England, in gutstimmendem Sinne bestätigt. Die Konferenz findet Ende September in Brüssel statt. — Nazi ist neuerdings in Tropani zum Abwärts berichtet: Zwischen einer zur Verfolgung von Nährern entstandene Wiedergewalt worden. — Aus Colombia-Bogotá sind zwei getötet worden. — Zwischen einer zur Verfolgung von Nährern entstandene Wiedergewalt und einem Trupp Marokkaner kam es zu einer Schlacht, bei der die Marokkaner in die Hölle zwei Tote.

Ausland.

Schweiz.

Heimarbeiterschutz-Kongress.

Zürich, 9. August. Sonnabend und Sonntag fand hier im Anschluß an die seit vier Wochen eröffnete erste schweizerische Heimarbeiterschutz-Ausstellung der erste schweizerische Heimarbeiterschutz-Kongress statt, an dem der schweizerische Bundesrat und die meisten Kantone teilnahmen. Aus Deutschland war Oberregierungsrat Dr. Wittmann, Vorstand der badischen Fabrikinspektion, als Delegierter erschienen. Ferner waren offiziell vertretene Oesterreich und Ungarn, Belgien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Australien. Die Ausstellung hat, ähnlich wie die Berliner Ausstellung, schwere Wohlände in der schweizerischen Heimindustrie zu gewähren.

China.

Chinas Rückzug.

Peking, 9. August. (Reutermeldung.) China hat Japan aufgefordert, daß es sich des Rechtsmissbrauchs auf die Oberherrschaft in den Bergwerken der Antung-Malben-Wahn sowie auf andere Vorliegen im Rahmen begeben werde. China macht gegen eine Erneuerung des Antung-Malben-Weges für den Handel keine Auskünfte, doch widerspricht es einer jeden militärischen Woh-

Neues aus aller Welt.

Berlin, 10. August. Bei einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Arbeitswagen der Feuerwehr erlitten fünf Personen, darunter zwei Fahrgäste und die Tochter des Straßenbahndirektors, zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen.

Berlin, 10. August. In der Wohnung einer Frau Wörde wurden über 40 von Einbruchsbieden herrührende Materialien, zum Teil noch gefüllt, aufgefunden. Die Kriminalpolizei stellt fest, daß Frau Wörde die Helferin eines Einbrecherbandes ist. Sie ist an über 200 Einbrüchen beteiligt, die in den letzten Monaten in Berlin und in den Vororten verübt wurden.

Berlin, 9. August. Heute um 3 Uhr 10 Minuten nachmittags ist ein Signalfallon des Luftschiffdienstes in einer Höhe von etwa 500 Metern gesetzt und heruntergefallen. Es handelt sich um einen kleinen, alten Ballon, der zur Prüfung der Flugstabilität des Gasen aufgelassen zu werden pflegt. Der Materialbeschädigung sind bei dem Unfall nichts vorgekommen.

Frankfurt a. M., 9. August. Der Ballon "Parsival III" ging heute vormittag wieder mit Passagieren auf. Nach dreistündiger Fahrt erhob sich ein heftiger Sturmwind mit Blitzeinlagen. Der Führer, Oberleutnant Stelling, hielt es für ratsam, eine Zwischenlandung vorgenommen und ließ das Luftschiff auf der Ginnheimer Höhe nieder. Die Landung vollzog sich glatt. Nachdem das Unwetter nachgelassen, erhob sich das Luftschiff wieder und landete glücklich auf dem Flugplatz.

Frankfurt a. M., 9. August. Bei dem ersten Flugversuch mit dem Euler-Gleiter auf dem Flugfeld der Ila geriet der Apparat in den Händen eines Beppenholz. Der Apparat wurde zerstört, der Lenker August Euler blieb unverletzt.

Frankfurt a. M., 9. August. In Eishausen im Ried wurde gestern nachmittag der Arbeiter Heinrich Götz nach einem vorangegangenen Streit von dem Arbeitnehmer Johann Jintel erschossen. Der Täter wurde verhaftet.

Frankfurt a. M., 9. August. An Niederursel fuhr ein beladener Güterzug auf vier Wagen, welche rangiert werden sollten. Die Wagen wurden vollständig zerstört, die Maschine des Güterzuges sehr stark beschädigt. Das Zugpersonal konnte sich durch rechtzeitiges Absteigen retten. Der Rangierer Stoll kam unter die Trümmer.

Wiesbaden, 9. August. Am Sonntag nachmittag entstand in der Nähe des Jagdschlosses Platte ein großer Waldbrand. Die herbeigeeilte Feuerwehr konnte nach dreistündiger Anstrengung der Flammen Herr werden. Die Entzündung war nicht ermittelt.

Rosslau, 9. August. Zwei angebrannte, über Urlaub geholte Matrosen der auf der Steede von Heiligenhafen liegenden Admiralitätsschule wurden von dem Oberbootmannsmaat in einer Zelle abgeholt. Auf der Rücksicht fand er unbekannt Urfaule die Zolle. Zwei Matrosen sind ertrunken, einer wurde gerettet. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Neustadt a. d. Haardt, 9. August. Nach dem Pfälzischen Kurier ist heute vormittag in Eiselshurst bei Niedersheimbolanden der Arbeiter Peter vom Bild erschlagen worden. Seine Frau wurde auf einer Seite gelähmt.

Erfurt, 9. August. Von einem Güterzug, der von Gotha kam, wurden in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag zwei Personen überfahren. Die eine wurde auf der Straße Hochheim-Erfurt auf der Siegerbrücke, in zwei Hälften geschnitten, gefunden. Aus den Papieren geht hervor, daß es sich um den etwa 40jährigen Kaufmann Paul Reinhardt aus Blaue i. V. handelt. Der andere Lebensmüde lag gräßlich verhämmert auf der Straße Wieselsbach und Hopfenarten. Im zweiten Falle konnte die Person nicht festgestellt werden.

Gaibrücken, 9. August. Auf der Station Nieden geriet gestern abend der Ulan Schor vom 7. Ulanen-Regiment, der auf der Bank des Bahnhofes eingeschlafen war, als er beim Einkauf des Bades versuchte. Die eine wurde auf der Straße Hochheim-Erfurt auf der Siegerbrücke, in zwei Hälften geschnitten, gefunden. Aus den Papieren geht hervor, daß es sich um den etwa 40jährigen Kaufmann Paul Reinhardt aus Blaue i. V. handelt. Der andere Lebensmüde lag gräßlich verhämmert auf der Straße Wieselsbach und Hopfenarten. Im zweiten Falle konnte die Person nicht festgestellt werden.

Würzburg, 9. August. Beim Kartenspiel erstickte in Hammelburg der Braugehilfe Hofbauer den Arbeiter Stoehr nach vorangegangenem Vorwurf.

Bozen, 9. August. Der gestern in Sieniawo verhaftete geflüchtete Geißler Galantina Kodziol wurde von sämtlichen Zeugen in Bozen mit aller Bestimmtheit wiedererkannt.

Hirschberg, 9. August. Im Volke bei Liebau erhob der Bergarbeiter Winkler seine Braut, die Nähern Ilse aus Bamberg, woraus er sich selbst erschoss.

Gibhorn, 9. August. Der Siegler Franz, ein ehemaliger Tischler aus Berlin, der seit acht Tagen in Barmen beschäftigt war, wurde in vergangener Nacht auf freiem Felde ermordet aufgefunden. Die Leiche zeigt mehrere Messerhiebe auf. Der Schädel war zertrümmert. Mehrere Lappen, die bei der Identität benutzt wurden, lagen in der Nähe der Leiche.

Stuttgart, 9. August. Der im Bau begriffene Eisenbahntunnel Stuttgart-Zuffenbach ist abends in einer Länge von 30 Metern eingestürzt. Es wurde niemand verletzt.

St. Gallen, 9. August. Am Pia-Vandile an der Schweizer Grenze sind der Notar Mantelli und der Fotograph Patti aus Norditalien festgestellt.

Budapest, 9. August. Im Postamt zu Szolnok wurden Unterschlagungen aufgedeckt, die viele Jahre zurückreichen. Der dortige Postmeister, der Postoffizial und eine Postbeamte, sowie der Briefträger wurden in Untersuchung gezogen. Dem letzteren wurde allein nachgewiesen, daß er in der letzten Zeit über tausend mal aus Amerika kommende Briefe unterschlagen und den Gehalt der Briefe für seine Zwecke verwendet hat.

Paris, 9. August. Der Lokomotivführer eines Lokalzuges fuhr gestern durch verschiedene Stationen zwischen Argenteuil und Paris durch und hielt erst etwa 100 Meter vom Bahnhofsvorplatz. Eine sofort angestellte Untersuchung ergab, daß der Lokomotivführer plötzlich wohnumstet geworden war.

Niederlande, 9. August. Bei einem schweren Gewitter, das gestern nach Brüderlicher Höhe niederging, klappte der Dach in dem Dorfe Raamsdorp in Nordholland ein. Es wurden 22 Häuser, darunter 12 Gehöfte und ein Gasthaus, einsturz. Zahlreiche Familien sind obdachlos. Der Schaden beträgt 200.000 Gulden.

Genua, 9. August. Ein Automobil, worin sich außer dem Chauffeur eine Dame und deren zwei Brüder befanden, stürzte nach Verzerrung der Brückengeländer von der Montebianchi-Brücke in die Adria. Die Verunglückten kamen mit dem Leben davon, wurden aber schwer verletzt.

Grenoble, 9. August. Drei Touristen, unter ihnen der Deutsche Olen, sind heute im Gebirge abgestürzt. Gley und einer seiner Begleiter sind tot.

Paris, 9. August. Das Journal meldet: Zwei junge Mädchen aus Houilles wollen sich geküßt mit zwei jungen Leuten in einem Boot nach der St. Martins-Insel begeben. Möglicher tödliche das Bootswrack Boote Wasser und sank schnell. Die jungen Leute und der Bäckermann, die schwimmen konnten, versuchten verzweifelt die beiden jungen Mädchen zu retten. Beide ertranken. Den jungen Leuten und dem Bäckermann gelang es, das Ufer zu erreichen.

Grüsel, 9. August. Bei dem Rennen "Rund um Belgien" ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Der Rennfahrer Menage raste gegen einen Baum und wurde tödlich verletzt aufgehoben. Zwei andere Fahrer wurden von der Höhe überwältigt und liegen schwer ertrunken darüber.

Brüssel, 9. August. Ein Pilgerzug, der von Antwerpen nach Turnhout unterwegs war, ist gestern von zwei Eisenbahnräubern überfallen worden. Die beiden Räuber stachen auf die Lokomotive des Zuges, der sich in voller Fahrt befand. Es entspießt sich ein erbitterter Kampf zwischen den Räubern, dem Lokomotivführer und dem Heizer, bei dem die Beamten schließlich Sieger blieben. Der Zug wurde zum Halten gebracht und die beiden Räuber in dem Zug nach Antwerpen transportiert.

Lorient, 9. August. Ein furchtbares Gewitter ist gestern hier und in der Umgebung niedergegangen. Der Regen floß in Straßen und verursachte in tiefer gelegenen Stadtteilen bedeutende Überflutungen. Das Gewitter brach aus, als eine große Volksmengen auf dem Kampfplatz besaß. Viehherden Pächtere sind völlig zerstört worden.

Dresdner Polizeibericht vom 10. August.

Sein Boden in der freien Elbe ist am 9. August abends bei einem 18 Jahre alten Kaufmann ertrunken. Der Leichnam ist noch nicht abgezogen.

Am Sonnabend kam auf der Neuburgstraße ein Bautelefon beim Aufstellen auf einen im Gang befindlichen Straßenbahnenwagen zu Fall und geriet mit dem rechten Fuß unter die Schwingvorrichtung. Er erlitt eine Quetschung an dem erwähnten Fuß und wurde mit einer Trichter nach seiner Wohnung gebracht.

Auf der Fußbahn der König-Johann-Straße fiel am Sonnabend eine ältere Wirthschafterin infolge Aufzieldienstes zu Boden und zog sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu.

Gelandete Leiche. In der Nähe des Lindischen Bades wurde die Leiche eines jüdischen Knaben, der etwa 12 bis 14 Jahre alt sein möchte, aus der Elbe gezogen. Er war nackt.

Geflüchtete. In der Nacht zum Sonntag haben mehrere Personen, die aus dem Vogelwiese gekommen sind, daß Wasser des Hohenberger Rittergutes abgelassen, um sich an den Büchen zu bereichern. Als der dortige Förster hinzukam, ergriffen die Leute die Flucht. Eine von ihnen wurde in Neustadt verhaftet.

Selbstmord. Der etwa 65 Jahre alte, in der Wildstrueter Vorstadt wohnhafte Arbeiter stürzte sich heute in der Nähe des Wasserwerkes in die Elbe und ertrank. Seine Leiche wurde geborgen. Durch Erdä�en machte in der verlorenen Nacht ein Geschäftsinhaber in seinem in der Hauptstraße gelegenen Wohnung seinem Leben ein Ende. Er soll sich über den plötzlichen Tod seines Sohnes nicht hinweggehen können.

Letzte Telegramme.

Der Kampf in Schweden.

Malmö, 10. August. Der oberste Leiter der Arbeiterorganisationen, Hermann Lundquist, hat im Namen des Landessekretariats der Arbeiter einen Streikaufruf des ganzen Landes ein Kundschreiben gelandet, wonach während der Dauer des Streiks vom Landessekretariat der Arbeiter täglich eine Zeitung gedruckt werden wird, die dem Namen "Die Antwort" erhalten soll. Die Zeitung wird jeden Morgen in Stockholm erscheinen und 5 Öre per Nummer kosten. Mit der Redaktion wird ein Redaktionsmitglied des sozialdemokratischen Hauptorgans Stockholms, Magnusson betraut werden. Das Streikauftaube aller sozialdemokratischen Hauptplätze sollen täglich an die Redaktion der Antwort aufzügliche Mitteilungen über den Verlauf des Streiks senden.

Die Abteilung des schwedischen Eisenbahnverbandes in Kalmars (Südschweden) hat eine Versammlung abgehalten, worin einstimmig ein kräftiger Protestbeschluß gegen die militärische Beaufsichtigung der Eisenbahnen getroffen wurde. Gustafsson, der die Eisenbahner öffentlich zur Arbeitsniederlegung aufrief, soll wegen versuchter Anstiftung Beamter zu gefährlichen Handlungen angeklagt werden. Gegen die Abteilung der Eisenbahnen erhebt sich unter den Arbeitern eine heftige Opposition. Die sozialdemokratischen Organe vertreten alle den Standpunkt, daß die an die Eisenbahnenbeamten gerichtete Aufforderung, die Arbeit niedzulegen, nur als eine Aufforderung zum Vertragbruch, nicht aber zu einer gefährlichen Handlung in strafrechtlichem Sinne angesehen werden kann.

Nationalliberale Winkelzüge.

Berlin, 10. August. (Privatetelegramm.) Die konservative Rundschau, daß die Nationalliberalen anlässlich der Verabschiedung der Reichsfinanzreform versprochen hätten, bei der Abstimmung einige nationalliberale Abgeordnete hinauszuschieben, damit die nationalliberalen Anträge abgelehnt würden, wird jetzt von dem Zentralblatt, die Reichszeitung, bestätigt. Das Blatt bringt die Nachricht, daß der nationalliberale Abgeordnete Semler eine dahingehende Mitteilung dem konservativen Abg. Drösser zugestellt habe.

Württembergische Biersteuer.

Stuttgart, 10. August. (Privatetelegramm.) Der württembergische Landtag beschloß eine Erhöhung der Biersteuer, die noch über die Sache für das Reich gültigen Steuer hinausgeht. Bei der Einkommensteuer beantragten unsere Genossen Einführung bis zu 3000 M. von der Steuer freizulassen und dafür die Progression für die höheren Einkommen einzuführen. Nach Ablehnung dieses Antrags stimmen unser Genossen gegen die ganze Vorlage.

Der antirömische Boykott.

Paris, 10. August. Ein Telegramm des Echo de Paris aus Konstantinopel meldet, daß der antirömische Boykott gestern in Adrianople und Monastir verhindert worden ist. Es ist auch wahrscheinlich, daß er allgemein werden wird.

Die Heimkehr des Henkers.

Petersburg, 10. August. Die Kaiserliche Justiz Standard trifft heute vor Petershof ein. Auf eine Anfrage im Justizministerium wegen einer Ratten angeblich vor Konstantinopel unterzeichneten Amnestie wird verstdikt, daß wieder ein Gnadenurteil geplant war, noch in nächster Zeit stattfinden werde.

Mäntel
Jacketts
Kostüme

Chiffon - Stolas Zwingstr. 21

! Räumungs-Verkauf!

sämtlicher Sommer- und Übergangs-Waren für circa
die Hälfte des regulären Preises.

Emma Fiebig

Zwingstr. 21.

Blusen
Röcke
Kinderkleider
Kinderjacketts

Sonnabend den 14. August, abends 8½ Uhr, im Volkshaus

Soziald. Verein Dresden-A. IV. Wahlkreis. Kreis-Partei-Versammlung.

Sonnabend den 14. August, abends 8½ Uhr, im Volkshaus

Löbtau-Naußlitz

Freitag den 13. August im Bürgergarten, Löbtau

Öffentliche Frauen-Versammlung

Die bauen Lebensmittelpreise und die Folgen für die Familie.
Referentin: Genossin Marie Wackwitz.

Gästreiches Treffen nach dem Eintritt.

Der Vorstand.

Gasthof Wölfnitz.

Mittwoch den 11. August, abends 8 Uhr

Grosses Garten-Militärskonzert

von der Kapelle des Königl. Sächs. 2. Gren.-Regts. Nr. 101.

Leitung: Obermusikmeister L. Schröder.

Aufführung des Schlachten-Postouros unter Begleitung eines Tambours- und Hornensembles, mit Trompeten und Kanonenbläsern.

Eintritt mit Programm 20 Pf.

Hierzu lädt ergieblich ein E. Köhler.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr. Mickten.

Sonntags feiner Residenz-Ball.

Empfehlung meines freundl. kleinen Saal als Vereinkammer, zur Ablösung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfeierlichkeiten. Raum bis 120 Personen.

Aufführung Watzke.

Zum Landtags-Wahlkampf unentbehrlich!

Soeben erschienen:

Sächsische Politik der letzten Jahre

Ein Handbuch zu den Landtagswahlen 1908

Mit dem Landtagswahlgesetz, der Ausführungsverordnung und einer Landtagswahl-Statistik sowie der Landtags-Wahlkreiseinteilung

von Emil Nitsche

Zugleich drittes Ergänzungsheft zum Handbuch Sächsische Politik

Preis 1.50 Mark

Herausgegeben vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsen.

Gleichzeitig wird herausgegeben:

Das Plural-Wahlgesetz

mit einer Erläuterung zur praktischen Handhabung bei den Landtagswahlen

Preis 20 Pfennig.

erner empfehlen wir zur Landtagswahl:

Sächsische Politik

von Emil Nitsche

Preis 3.50 Mark

1. Ergänzungsheft zum Handbuch Sächsische Politik. Preis 20 Pfennig.

2. Ergänzungsheft. Preis 60 Pfennig.

Die drei Ergänzungshefte, darunter das Handbuch zu den Landtagswahlen für 1908, in einen Band gebunden. Preis 3.50 Mark

Zu bestellen durch die

Volkbuchhandlung, Dresden, Zwingstr. 21.

Raucht Polologlow (cigaretten)

sämtlicher Sommer- und Übergangs-Waren für circa

die Hälfte des regulären Preises.

Emma Fiebig

Zwingstr. 21.

IV. Wahlkreis.

Sonnabend den 14. August, abends 9 Uhr

Partei-Versammlung

in Watzkes Etablissement in Wicten.

Der Parteitag in Leipzig. — Wahl der Delegierten.

Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen. — Im Interesse der Wichtigkeit der Tagzeiten.

Der Vorstand.

er nicht als Sonderangebot, sondern wie noch nichts oder sehr geringfügig gegeben.

Haben gebührliche Abgabe an, daß er jetzt hat. Wie ber

men könnte, wird es auf der nächsten

versammlung aufzunehmen.

Amüsierendes Bandenangebot, das nicht als Sonderangebot, sondern wie noch nichts oder sehr geringfügig gegeben.

Der obige Preis ist eine Verjagung, die eine wichtige Rolle spielt, seine Tätigkeit ist nicht ausgewertet.

Der Parteitag im Rathaus ist der wichtigste Parteitag im Jahr, der gesamte Parteitag ist der wichtigste Parteitag im Jahr.

Der gesunde und kranke Mensch

statt 13.— M. für 6.50 M.

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingstr. 21.

In nur einigen Exemplaren sind tadellos neu, in Original-

Bänden gebunden, folgende Werke billig abzugeben:

Illustrierte Weltgeschichte

6 Bände statt 33.— M. für 20.— M.

Buch der Erfindungen

8 Bände, Leinen, statt 52.— M. für 27.— M.

Buch der Erfindungen

8 Bände, Leder, statt 60.— M. für 33.— M.

Lassalle, Reden und Schriften

3 Bände, Leder, statt 14.50 M. für 8.50 M.

Der gesunde und kranke Mensch

statt 13.— M. für 6.50 M.

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingstr. 21.

Achtung! Mügeln, Heidenau und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung,

Jakob, Postillon, Glühlichter, In freien Stunden

Blut und Eisen sowie sämtliche Parte- u. Fachliteratur

wurden entgegen

Gustav Lauterbach, Golportage, Buchhandlung

Heldenau, Albertstrasse 2.

Kerren - Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge

kaufen man am Billigsten bei

E. Köhler, Im Ett 13.

Großer Posten alter u. neuer Räder

sowie alle Radapparaturen billiger bei

W. Engel, ganz, Prinzipalstrasse 26.

(Teilzahlung gebilligt.)

Goldene Damenuhr, Nr. 372 078, Monogramm M. D., auf dem Bege

von der Großen Wirthschaft (Großer Garten) bis Prinzipalstrasse über

zum Kämmerei aus rechte Seite

wo man alle Uhren gut und billig

repariert. Preisangabe sofort.

Neue Uhren billiger.

Trauringe in grosser Auswahl

und in allen Preisschichten.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Da auf d. Inserat Rabatt.

Alle Hyg. chirurgischen

Frauenartikel

Vorfallbandagen, Selbstklysterier, Urinale

Spülkannen, Schlüche, Monatsbinden, Dtd. 50 Pf.

Leib-Binden

alle Systeme auch nach Massen. Bürstenwasser, Menstruationsstrophen.

Mutterspritzen

von 1.50 M. an nur ärztlich empfohlene und sichere Apparate.

Preisliste und Auskunft gratis.

R. Freileben

nur Postplatz zwischen Weißer- und Annenstr.

Man ziehe auf Firma!

Die Verwaltung.

Dank.

Begrüßung vom Grab unsterblich, unvergänglich Todin

und Schwester

Agnes

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie ihren lieben Jungen

genossen aus Ratig und Rötzsch für den überaus reichen Gruß

und das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte unseres innigen

Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Hamm für die trostliche

Worte am Grabe.

Ratig, den 9. August 1908.

Die Verwaltung.

Die tiefrannde Familie Berger.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Emil Röhrle, Dresden.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Reinhold Siegler, Dresden.

Druck und Verlag: Raben & Rompe, Dresden.

Bitte, beachten Sie dieses Etikett!



Der unterzeichnete Verein empfiehlt

Felsenkeller-Lagerbier

unter obigem Etikett. — Selbiges ist gesetzlich geschützt

und bürgt für Echtheit dieses Bieres.

Gleichzeitig empfehlen wir:

Echt Culmbacher u. Münchner

in grossen und kleinen Flaschen.

Verein der Bierhändler von Dresden u. Umgegend.

Eine Kahnladung prima

Eisenberger Elly-Kohle

bestes Erzeug für Offiziere

sowie eine Ladung bester böhm. Braunkohlen

ist eingetroffen und verkaufe diese zu billigen Preisen.

Ausladeplatz: Elbufer am Schusterhaus.

Niederlage: Chamissostraße 6. Oswin Biebach.

Wer ein paar Stunden verlebt will, besucht das Restaurant

Kamerun, Neu-Röhrsdorf

Jeder Besucher ist erstaunt über das wunderbare Instrument.

Hierzu lädt ergieblich ein Gustav Sommer.

Schöner Gesellschaftssaal noch einige Sonntage frei.</

Vom Maler-Vereinstage.

Zu Dresden fand in diesen Tagen der von etwa 400 Delegierten besuchte 4. deutsche Malertag und die 3. Hauptversammlung des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeber des Gewerbe im Malergewerbe statt, der sich in der Hauptstädte mit den bestehenden Tarifverhandlungen beschäftigte. Der dabei von den einzelnen Meldern angeklagte Ton zeigte deutlich, daß die Unternehmer enttäuscht sind, unter Ausnutzung der gegenwärtig für die Arbeiterschaft ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur der organisierten Gehilfenfamilie keine Voraussetzungen zu machen.

Als Vertreter der sächsischen Staatsregierung wohnte dem Verbandsstage der Geh. Regierungsrat Dr. Stade bei, der zunächst verriet, daß überall da, wo sich Handwerker versammeln, um im Interesse ihres Berufs zu beraten, das Handwerk die Regierung gernlich an seiner Seite finde. Der von der Staatsregierung zur Förderung des Handwerks zur Verfügung gestellte 2-Millionen-Bonds zwecks Anschaffung von Handwerksmittelmaschinen müsse als Beweis hierfür dienen. Für das Malergewerbe bleibe allerdings im wesentlichen nur eine möglichst zielgerichtete Ausbildung des Nachwuchses und die Gründung von handwerklichen Genossenschaften übrig. Auch der Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Verbänden habe seine großen Vorteile. Das Recht der Arbeitgeber hierzu stehe gegenüber dem Rechtsstreit der Arbeitgeber außer Acht. Die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter würden sich als erprobliche und sich gegenseitig ergänzende Konsolidate zur Förderung des Gewerbes bestätigen können, wenn sie ihre Hauptaufgabe darin erfüllten, sich nicht gegenseitig zu vernichten, sondern sich verstehen zu lernen und aufzutretende Schwierigkeiten und Streitigkeiten durch Tarif- und Schiedsverträge zu schlichten.

Audi diesen Friedensschaltmeinen des Regierungsvorstandes sprach der Gauvorsitzende Stolz-München über: Wir organisieren wir uns? Früher, als es noch an einer höheren und stofflichen Organisation der Malermeister fehlte, seien die leisteten ein Spielball in den Händen der Gehilfenorganisationen gewesen. Seit zwei Jahren, seit der Gründung des Hauptverbandes der Arbeitgeber im Malergewerbe zu Hannover, sei dies schon etwas anders geworden. In vielen Teilen Deutschlands seien bereits erste eingeführt, und was schon angefangen, sollte in kommenden Monaten bei der Revision des Tariffs durchgeführt werden. Hoffentlich werde es mit der zentralisierten Gehilfenorganisation gelingen, neue Reichstagsabgeordnete durchzuführen, wie ich jetzt schon die Buchstaben hütten. Vorgeleben sei weiter die Einführung eines Tarifabschlusses auf partizipativer Grundlage zur Beilegung von Lohnunterschieden und anderen Streitigkeiten. Mit Rücksicht auf nicht mehr zu tun, was den Gehilfen heißtet, jetzt sind wir fast genug, unerlässliche Forderungen der Gehilfen zu erfüllen. In wenigen Monaten beginnen die Tarifverhandlungen. Schön geht sei bekannt, daß Lohnforderungen gestellt werden würden, so als ganz unannehmbar bezeichnet werden müssen. Angenehme Lage ist allerdings nicht sein, die der Hauptvorstand bei den Tarifverhandlungen durchzumachen haben werde. Welche Tarife aber eingeschlagen wird, solle er natürlich jetzt nicht verraten, nur soviel könne er sagen, daß der Kriegsplan vom Hauptvorstand sich endgültig entworfen ist, so daß man verhindert sein dürfte, daß die Verbänden im Sinne des Meisters durchgeführt werden. Die Gehilfenfamilie werde sich darauf beschränken müssen, das bestehende zu erhalten, der Arbeitgeber-Verband sei so stark, daß die Gehilfen neue Forderungen nicht durchdringen werden. (?)

Zu ähnlichem Sinne äußerte sich der zweite Referent, der Verbandsvorsitzende Kruse-Berlin: Wir müssen es ablehnen, bei den Tarifverhandlungen eine einzige Organisation, die sozialdemokratische herauszugehen, auch wenn sie die stärkste ist. Wir können fünfzig nicht mehr die christlichen Gewerkschaften und Kirchendienstlichen ausschließen, wenn wir die Errichtung eines Reichstagsabgeordneten. Was würde auch die Regierung von uns fordern, wenn wir die auf nationalem Boden stehenden Gehilfenorganisationen von den Tarifverhandlungen ausschließen wollten? Soviel steht fest, daß wir uns bei den künftigen Beratungen nicht in Irre von dem nehmlassen, was wir bei den letzten Verhandlungen erreicht haben. Die heutige Konjunktur zwingt uns, bei Gewährung eines bestimmten Lohns eine bestimmte Arbeitsleistung zu verlangen. Und da sei es bisher gerade immer die "sozialdemokratische" Organisation gewesen, die sich geweigert habe, einen Leistungstarif einzuführen. Darauf müssen wir jetzt aber unbedingt beziehen, der neue Tarifabschluß soll mit der Leistungsfähigkeit. Im weiteren sollte der Redner mit, daß aus bereits Verhandlungen im Gang seien wegen Bildung eines Kartells mit den Arbeitgeber-Verbänden im Baugewerbe. Wir stehen augenscheinlich in einer ersten Zeit; wir müssen uns beschämen werden, sonst ganz vor der Tarif der Gehilfen ab.

In der Debatte sprach im Sinne der Referenten eine höhere Anzahl Redner, so Hartel-Regensburg, Galonon-Hörnfeld, Jel-Terrangen, Urbanitsch-Rümlang und Großmann-Hannover. Eine abweichende Meinung vertrat nur Jansen-Kiel, der den Hauptverband der Arbeitgeber, besonders bei partizipativen Streiks, noch nicht für stark genug hielt, um bei einem Lohnkampfe mit absoluter Sicherheit darauf rechnen zu können, als Sieger hervorzugehen. Da seien heute die Meister noch machtlos, und deshalb empfehle sich der Beitritt zu Streitkampfgesellschaften. Immerhin setzte er seine Hoffnung auf die Konjunktur, die diesmal den Meistern bei den Verhandlungen zugute komme. Die Gehilfenfamilie dürfe deshalb schon heute nicht mit Augenmaßen rechnen.

Im Schlussoptur bedauerten die Referenten angefachtes Misstrauen Jantens, daß aus den eigenen Reihen mit derartigen Unterstichen gelommen würde. Man fühle sich im Gegenteil so stark, daß man dem Gehilfenverband erfolgreich entgegen treten könne; man sieht auch finanziell viel kräftiger als die Gehilfenfamilie.

In diesem Tone bewegten sich auch die übrigen Verhandlungen. Entsprechend war noch die Witterung, daß der Hauptverband der Arbeitgeber vor einiger Zeit über drei Farbenfabriken, die selbstständig Wettbewerbs ausführten und dadurch den Malermeistern Konkurrenz machten, den Boykott verhängte, angeblich auch mit Erfolg.

Auf dem Deutschen Malertage sprach am zweiten Verhandlungstage der freimaurige Reichstagsabgeordnete Dr. Magdalens über die Reichsfähigkeit der Berufsfamilie. Er erklärte, daß die Arbeitgeber-Verbände im Tarifvertrag das bestimmen, um aus den wirtschaftlichen Kämpfen herauszutreten, den bestreiten, den gewerkschaftlichen Organisationen die Selbständigkeit verlieren werde, und zwar deshalb, weil dann die Arbeitgeber-Verbände für Innahmung der Tarifverträge auch vermögensmäßig gesichert sind. Je mehr ein Berufverein zu verlieren scheint, ob er zu einem Tarifbruch schreiten soll, ob er in einen Streit verwickelt werde, um so mehr werde er sich überlegen, ob er unter diesen Umständen kein gutes Vermögen, die Erfahrung vieler Jahre verlieren könnte. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme: Der Hauptverband deutscher Arbeitgeber-Verbände im Malergewerbe erachtet den Bundesrat, möglichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Verleihung der Reichsfähigkeit an die Berufsfamilie, in dem die Hoffbarkeit der Vereine für Sieden, die sie selbst oder ihre Mitglieder insbesondere durch Tarifvertragsverhandlungen verunsichern, ausgesprochen wird, zur Durchsetzung vorzulegen.

In der Debatte summte Malermeister Henßen-

damourz dem Referenten zu. Man müsse auf Verleihung der Reichsfähigkeit an die Berufsfamilie dringen, weil wir auf fortwährende Durchführung der Tarifverträge setzen müssen. Der Vertragsabschluß müsse mit Entschädigung in dauer Münze bekräftigt werden. Die Gefahr, daß es auf Seiten der Gehilfenfamilie zu Vertragsbrüchen kommen sollte, sei besonders groß, wenn nach Abschluß des neuen Tarifvertrags eine längere Periode des Waffenstillstands eintrete und die Kosten der Gewerkschaften sich füllten. Dann könnte leicht der Fall eintreten, daß der Nebenmut der Gehilfenfamilie seine Grenze finde, daß sie trotz des Tarifvertrags zum Streit kommt und somit das ganze Gewerbe schwer schädigt. Dem könne eben nur durch Verleihung der Reichsfähigkeit an die Berufsfamilie ein Riegel vorgeschoben werden. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Parteianangelegenheiten.

Der beleidigte Reichsverbands-General.

Wie schon mitgeteilt, wurde Genosse Dr. Max Quardt als Redakteur der Frankfurter Volksstimme wegen Bekämpfung des Generals v. Liebert zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Das Verbrechen soll durch einen Artikel begegangen worden sein, in dem er bei Beleidigung der Reichstagsverhandlung im März, wo Genosse Dr. Frank dem Kriegsminister v. Einem nachwies, daß er Bläue Jahr ungenau verlebt habe, wie folgt hieß:

„Als Meister dieser Methoden (Heuchelei und wissenschaftlich falsche Beschuldigung) erwies sich der preußische Kriegsminister. Seine Epizellen, der General der Kavallerie v. Einem gen. Rothmaier, Herr v. Liebert, der Generalissimus des Reichsverbandes, mag bestrebt mit seinem Raubvogelkopf gerichtet haben, als er den Kriegsminister so operierte hörte, wo seine Bühnenpartie so herrlich in die Palme schlägt, wo ein toller tüchtiger Nachwuchs unter den Generalen vorhanden ist, da kann er selbst in Frieden zur Grube fahren! Es ist ja ein altes Mädchen aus dem Bade, um das Reichsverbandes, daß die Sozialdemokratie den Eld nicht höher werte als eine Federstiel, und auf die meisterhändigste Weise dieser Behauptung hatte Herr v. Einem die schwundende Pyramide seiner Expertpositionen aufgebaut.“

Der Artikelbeschreiber beschäftigte sich in seinen weiteren Ausführungen nur mit Herrn v. Einem. Die Bemerkungen über Liebert sind eigentlich nur so nebenbei gesessen.

Herr v. Einem fühlte sich durch den Artikel nicht beleidigt. Insofern aber der Vorlesende des Reichsverbandes, Generalleutnant v. Liebert. — Er — ausgerechnet er, der mit Verleumdungen und Bekämpfungen gegen andere Genossen nicht langt, fühlte sich durch den im Druck hervorgehobenen Satz beleidigt und erhob Privatklage.

So mußte sich der Redakteur, Genosse Quardt, vor dem Schöffengericht verantworten. Ihm stand Genosse Dr. Ludwig Frank-Mannheim als Rechtsanwalt zur Seite, während v. Liebert durch Rechtsanwalt Dr. v. Brentano-Oissenbach vertreten war.

Die Verhandlung nahm einen anderen Verlauf, als Herr v. Liebert und sein Vertreter wohl geahnt haben. Nicht der Redakteur der Volksstimme war der Angeklagte, nein, Herr v. Liebert hat auf der Anklagebank sitzen, und wuchtig waren die Anklagen, die Frank und Quardt gegen ihn erhoben. Da holt ein hilfloses Stammeln, keine Ausflüchte des Verteidigers und keine Abwendungswörter des Vorlesenden — die vorgebrachten Beweise für die Verleumdungen des Reichsverbandes über sozialdemokratische Führer und über die Sozialdemokratie fanden nicht entkräftigt werden.

Gleich eingangs der Verhandlungen stellte der Verteidiger Dr. Frank-Vereinsanträger dafür, daß der Kläger die Sozialdemokratie beschimpfe und öffentliche, längst widerlegt Lügen auf neue gegen sie und ihre Führer erhob. Als Verteidigungsmaterial überredete Frank die Broschüre Lieberts: „Entwicklung der Sozialdemokratie und ihr Einfluß auf das deutsche Heer“ und beantragte die Verleihung bestimmter Stellen, die in der Form klar beleidigend sind und inhaltlich offenkundige Unwahrheiten enthalten.

Dem Verteidiger Liebert waren diese Anträge höchst unangenehm und er meinte, die Beweise hätten mit der heutigen Sache nichts zu tun. Dr. Frank erwiderte aber, es sei von ethischer Bedeutung, festzuhalten, daß Liebert ein politischer Gegner ist, der seine Gegner in groben und verleumderischen Ausdrücken verunglimmt. Liebert werde den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei Christlichkeit vor und bekämpfe es sei verbrecherisch und gemein, der international organisierten Sozialdemokratie beizutreten. Da habe der Angeklagte nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, auch ein klares Wort gegen Liebert zu gebrauchen. Das Gericht bringt ein vom Verteidiger näher bezeichneten Stellen zur Verleidung. Neben oben erwähnter Behauptung wird in der Broschüre u. a. die alte Lüge aufgestellt, Liebel habe in Amsterdam den Deutschen eine Niederlage, wie sie die Franzosen bei Sedan erlebt hatten, gewünscht. Auch die die Verleumdung, Liebert hätte vor ungefähr 30 Jahren die deutschen Soldaten in besiegender Weise als „zweibeinige Tiere“ bezeichnet, wird erhoben, und neben anderen ähnlichen Dingen der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie das Laster der Trunksucht befürte und fördere.

Bei der Verleidung des Passus, die Attentäter Hödel und Robling seien Anhänger der Sozialdemokratie gewesen, warf der Vorlesende ein, auch er sei der Meinung, die von Bismarck zur Einleitung des Sozialistengesetzes benutzten Attentate seien von Sozialdemokraten verübt worden. Es war dem Verteidiger natürlich ein leichtes, die unglaublich mangelschönen historischen Kenntnisse des Vorlesenden durch die Feststellung zu erweitern, daß schon bei der Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag nachgewiesen wurde, daß der Kläger mit allen verfeindlichen Mitteln gegen die Sozialdemokratie kämpfte.

Das Urteil lautete, wie bereits gemeldet, auf 500 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Die Broschüre hat keinen Beweis dafür ergeben, daß der Kläger in beschulicher oder verleumderischer Weise etwas vorgebracht hat. (?) Die dortigen Ausführungen könnten vielleicht letztlichlich sein, sie sind aber in der deutschen Presse immer wieder aufgedruckt worden.

Der Hofgang in Württemberg beschäftigte eine Parteiveranstaltung in Göppingen. Es wurde folgende Resolution angenommen, die dem Leipziger Parteitag zur Annahme unterbreitet werden soll:

„Im Erkenntnis dessen, daß die Befreiung der Arbeitersklasse vom kapitalistischen Soße nur das Werk der Arbeitersklasse selbst sein kann, da alle bürgerlichen Parteien auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung — also der Masse aller Unterdrückung und Ausbeutung — bestehen und festhalten, erklärt der Parteitag zur Beteiligung von Mitgliedern der Württembergischen Landtagsfraktion am Aufzug und Marsch der Württembergischen Landtagsdeputationen, sowie zu allen den sonstigen, früher außerhalb Württembergs vorgekommenen Fällen folgendes:

Der Kampf der Arbeitersklasse gegen die bürgerliche Gesellschaft wird immer erbitterter und schwieriger. Die Klassengegnäre verschärfen sich, jede Regelung im Volke nach Bildung und Ausklärung im Kriege zu erläutern, um das Volk in Dummmen zu erhalten. Trotz der nun so lange währenden wirtschaftlichen Krise, durch die tausende Arbeitersfamilien in schwere Not und Elend geraten, waren sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien von vornherein darüber einig, die Gewaltstufen der Finanzreform auf die vornherein darin stehende, die Gewaltstufen des Volkes abzustimmen. Die Staatsober-

haupt und Monarchen empfanden den russischen Krieg und feierten diesen Blutkrieg ebenfalls noch als Heldentum.

In Erwagung aber dieser Tatsachen, die noch vielfach ergänzt werden könnten, und in Erwagung des zumindesten Eindrucks der Sozialdemokratie erläutert der Parteitag, daß es eines Sozialdemokraten unverdächtig ist, sich durch Beteiligung an partizipativen Versammlungen eines Handlungsspielraum einzuräumen, die geeignet ist, das Parteien der Arbeiterschaft zu ihren Führern zu unterordnen. Der Parteitag erwartet deshalb von den Genossen, daß sie sich von Verhandlungen dieser Art in Zukunft fernhalten.

Sozialistische Grauezeitzeitung in Nochwegen.

Die sozialdemokratischen Grauezeitzeitungen haben beschlossen, vom September d. J. an in Österreich eine neue Zeitung (Die Grauezeitzeitung) herauszugeben, die nach Art einer breiten Öffentlichkeit weckt der Propaganda unter den proletarischen Frauen und Männern des Landes dienen soll.

Bur Unterdnung der Oper,

die die künstliche Blut- und Gewaltspolitik der letzten Wochen auf den sozialistischen Reichen forderte, hat der Kaiserstaat des deutschen Sozialdemokratie 6000 Frank bewilligt. Gleichzeitig wurden der künftigen Bruderkartei weitere 5000 Frank überwiesen als Beitrag zu den Kosten der Umwandlung des künftigen Zentralorgans (Die Sozialistin) in ein Tageblatt. Der Parteivorsitzend wird in Auftrag der Reihe von Sammelstätten abholen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eineinbarung zur möglichsten Vermeidung von Arbeitseruflungen in der Brauindustrie.

Der Reichstagsschlagsplock hat bekanntlich den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Entschädigung bzw. Unterstützung der Arbeiter der Brauindustrie, die durch die Folgen der Brauindustrieerhöhung arbeitslos werden, niedergekämpft. Wie groß der Konsumrückgang an vier sein wird, läßt sich nicht voraussehen; Interessenten schätzen ihn auf 20 bis 25 Prog. Wie groß die Zahl der Arbeiter ist, die bei einem solchen Konsumrückgang in der Brauindustrie überflüssig würde, läßt sich demnach leicht berechnen. „Das Brauunternehmen geht über Leichen.“ Das erkannte auch der konservative Abgeordnete Lamprecht-Mausau an; nichtsdestoweniger stimmte der Schlagsplock für die Brauerei und gegen die Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter, um befürmert darum, was mit diesen geschah.

Der Centralverband Deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen hat es deshalb für seine Pflicht erachtet, Schritte einzuleiten, um die Schädigungen, die einem großen Teil der Arbeiter der Brauindustrie drohen, von diesem abzuwenden oder wenigstens zu mildern. Es ist zu diesem Zwecke an die in der Brauindustrie bestehenden Unternehmersorganisationen herangetreten mit dem Erwachen, ihre Mitglieder zu veranlassen, Entlassungen von Arbeitern infolge eines Konsumrückgangs wenigstens auf eine bestimmte Zeit, wenn nicht ganz zu unterlassen, oder wenigstens nach Möglichkeit einzurichten. Hierbei leistete den Brauereiarbeiter-Verband auch ferner die Absicht, den Arbeitsmarkt nicht noch mehr zu belasten, daß Arbeitslosenheer nicht noch zu vergrößern.

Die Verhandlungen fanden am 3. August statt. Die Vertreter der Unternehmersorganisationen: „Schulverband der Brauerien der norddeutschen Brauereigemeinschaft und verwandter Gewerbe“ und „Deutscher Brauotschluperverband für Brauereien, Versicherungsvereine Altona-Gesellschaft zu Berlin“ erkannten das Berechtigte des Vorlesenden des Vertreters des Brauereiarbeiterverbandes an, zumal der Reichstag nicht, wie bei dem Tabaksteuergebot, für eine Unterstützung der arbeitslos werdenden Kräfte aus Reichsmitteln gefragt habe. Das Ergebnis der Verhandlung war die Vereinbarung:

„Dass der Brauotschluperverband deutscher Brauereien und der Schulverband der norddeutschen Brauereigemeinschaft sich bereit erklären, an ihre Unterwerbende bzw. Mitglieder die dringende Empfehlung zu richten, die Entlassung von Arbeitskräften in ihrem Betriebe bis zum 1. Mai 1910 möglichst einzuschränken. Das Maß dieser Einschränkung soll einerseits nach dem in den einzelnen Betrieben bzw. Betrieben eintretenden Konsumrückgangs und andererseits unter Berücksichtigung der für die verschiedenen Betriebe maßgebenden besonderen Verhältnisse erfolgen, die Einzelheiten aber sollen durch Verhandlungen zwischen der Bezirk- bzw. der Lokalorganisation der Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmer in den Wege geleitet werden.“

Diese Vereinbarung findet keine Anwendung auf Konsumrückgangs, die infolge von Boykotts entstehen.“

Angewünscht haben schon Verhandlungen zwischen Bezirk- bzw. Lokalorganisationen der Brauereien und dem Brauerei-arbeiterverband stattgefunden, die in Kürze schon zum Abschluß kommen und höchstwahrscheinlich zu einem befriedigenden Resultat führen werden.

Notables.

Für die schwedischen Kämpfer.

Das hiesige Gewerkschaftssekretariat, Ritterstraße 4, 1, ist bereit, Sendungen nach Schweden zur Unterstützung des schwedischen Generalstreiks zu vermitteln.

Es sei nochmals an den Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften in letzter Zeitung hingerufen. Die internationale Solidarität erfordert, daß die deutsche organisierte Arbeiterschaft, vor allem die Gewerkschaftsorganisationen, den schwedischen Kämpfern ihre Sympathie erweisen. Die deutsche Arbeiterschaft hat ein hohes Interesse daran, daß unsere schwedischen Brüder nicht von einem schwedischen Unternehmertum niedergeschlagen werden. Der Kampf von 300 000 Arbeitern erfordert natürlich große Mittel. Ihre Sache ist unsere Sache.

Hoch die internationale Solidarität der Arbeitersklasse!

Nunahme Gerichte.

In der Nr. 38 des Amtsblattes der Königl. Generaldirektion der Sachs. Staatsbahnen vom 31. Juli 1909 wurden die Namen von 10 Werkstättenarbeitern genannt, die im Kündigungsvertrag entlassen worden sind. Sie sind amtliche Bekanntmachung knüpft sich die unmittelbaren Gerichte über Wohlgerügelungen unter Verbandes.

Nichts als Lügen ist es, die offenbar von „christlichen“ Drahtziehern eründet und von allen „Ordnungsländern“ und „Wohlerarbeiter“ elektrisch poliert werden zu dem Zweck, die Mitglieder unseres Verbandes einzuschüren und sie der Organisation zu entziehen. Wahr ist, daß am 10. Juli aus der Werkstatt Leipzig-Engelsdorf 10 Kollegen ohne Angabe von Gründen entlassen worden sind, unter denen sich auch Mitglieder unseres Verbandes befinden. Wenn die Entlassung dieser 10 Kollegen wegen Angehörigkeit zu unserer Organisation erfolgt sein sollte, so hat die Generaldirektion der Königl. sächs. Staatsbahnen sich von ihrem Generaldirektor beklagen lassen. Gemäßgelehrte Unterstützung erhalten aus unseren Verbandsklassen zur Zeit fünf Kollegen, von denen vier in Leipzig und einer in Dresden wohnen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Reichskammer der Eisenbahner Louis Brunner.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Sperrung

